

# Angehörigen

## Info 50

G 10228 D  
28. 9. 1990

Herausgegeben von den Angehörigen  
der politischen Gefangenen in der BRD

### An unsere Leser

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, der Kriminalisierung der Angehörigenarbeit ein Ende zu machen. Das schaffen wir nicht allein — ohne Solidarität, ohne praktische Unterstützung. Es muß Schluß mit den Prozessen und Verfahren gegen uns gemacht werden, wenn wir Isolationsfolter und Mord in den Gefängnissen der BRD beim Namen nennen. Darüber auf Veranstaltungen zu reden, in unserem Angehörigen-Info zu schreiben, durch Aktionen aufmerksam zu machen, um die Gefangenen zu schützen und eine Veränderung ihrer Bedingungen zu erreichen, ist der Kern unserer Arbeit, die wir seit 20 Jahren machen. Dabei unterstützen wir Angehörigen die Forderungen der Gefangenen, für die sie zuletzt 1989 mit einem kollektiven Hungerstreik gekämpft haben:

- Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.
- Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.
- Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, (und jetzt auch) Ali Jansen.
- Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.
- Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

In der aktuellen politischen Situation jetzt steht unsere Arbeit im Widerspruch zur Entwicklung des BRD-Staates zur Großmacht Deutschland, wenn dieser Staat neben seiner politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit auch seine moralische Überlegenheit wie in der Frage der Menschenrechte nach innen und außen demonstrieren will. Da soll Öffentlichkeit über die Isolationsfolter verhindert werden — da sollen wir nicht mehr sagen können, daß politische Gefangene 1977 in der BRD ermordet wurden, weil sich gerade daran die Kontinuität faschistischer Machtstrukturen im BRD-Staat zeigt.

In der letzten Zeit liefen mehrere Prozesse gegen uns, bzw. es stehen auch noch einige an: einmal wegen der Besetzung des Justizministeriums in Stuttgart am 13. 1. 1989 und wegen einer Erklärung von uns, die im Angehörigen-Info Nr. 30 veröffentlicht war.

Die Besetzung des Justizministeriums im Januar letzten Jahres hatten wir gemacht, weil Günter Sonnenberg im Dezember 1988 wieder einen epileptischen Anfall hatte.

Zu zehnt waren wir damals zum zuständigen Justizminister Eyrich gegangen mit der Forderung, daß er für die Freilassung von Günter Sonnenberg sorgt. Der erste Prozeß wegen Hausfriedensbruch gegen drei von uns fand im Juli 90 statt. Alle drei wurden verurteilt. Die Richterin Petermann vom Amtsgericht Stuttgart legte alle Beweisanträge und Erklärungen von uns, in denen wir Sinn und Ziel unserer Aktion erklärten, vom Tisch. In dem Prozeß hatten die drei Angehörigen in ihrem Schlußwort erklärt, daß sie nicht bereit seien, die Strafe zu zahlen. Wir legten Rechtsmittel gegen das Urteil ein, die Staatsanwaltschaft ging zuungunsten von uns in Berufung mit

dem Zusatz: „Nach dem in der Hauptverhandlung erkennbaren Verhalten der Angeklagten erscheint die Verhängung einer Geldstrafe zur Einwirkung auf die Täter nicht ausreichend. Staatsanwalt Krombacher.“

Ein weiterer Prozeß findet am 17. 10. 90 vor dem Amtsgericht Köln statt. § 90a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) wegen unserer Erklärung im Angehörigen-Info Nr. 30 nach der Aktion der RAF gegen Alfred Herrhausen, in der wir gesagt haben, daß Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Ingrid Schubert ermordet wurden und versucht wurde, Irmgard Möller zu ermorden.

Auf was beziehen wir uns, wenn wir Mord sagen?

Auf die Tatsachen.

Nach dem als Selbstmord ausgegebenen Mord an Ulrike Meinhof hatten die Gefangenen in Stammheim und viele andere Gefangene aus der RAF ihren Angehörigen oder Anwälten gegenüber geäußert, daß sie niemals Selbstmord begehen würden, weil sie leben und für das Leben kämpfen wollten.

Eine Woche vor der Mordnacht in Stammheim, am 10. 10. 77, hatte Andreas Baader in einem Schreiben an das Oberlandesgericht Stuttgart erklärt, daß keiner der vier Gefangenen in Stammheim die Absicht habe, sich umzubringen; wenn sie „tot aufgefunden“ würden, seien sie getötet worden.

Irmgard Möller, die die Nacht schwerverletzt überlebte, hat noch in der Klinik vor einem Staatsanwalt und ebenso später vor dem Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags erklärt, sie habe keinen Selbstmord versucht und es habe unter den vier Gefangenen in Stammheim auch keine Verabredung zu einem gemeinsamen Selbstmord gegeben.

Wir sind überzeugt, daß das, was die Gefangenen, unsere Angehörigen, gesagt haben, richtig ist, weil wir aus jahrelanger Erfahrung mit ihnen wissen, daß sie uns in einer so zentralen, existenziellen Frage niemals belügen würden oder belügen würden; das wäre mit ihrer Politik unvereinbar.

Und es gibt eine Reihe weiterer Tatsachen, die für Mord sprechen: In mehreren Veröffentlichungen ist nachgewiesen worden, daß die offizielle Darstellung des Geschehens in der Nacht vom 17. zum 18. 10. 77 derart voller unerklärbarer und sich ausschließender Widersprüche steckt, daß die Selbstmordversion gar nicht stimmen kann. Auf Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen (siehe dazu Pieter Bakker Schut: Stammheim — Politische Verteidigung in Strafsachen, Neuer Malik Verlag Kiel 1988; Der Tod Ulrike Meinhofs — Bericht der Internationalen Untersuchungskommission, Commune-Rhizom-Verlag, Berlin/ Stuttgart 1985; Karl-Heinz Weidenhammer, Stammheim — Mord oder Selbstmord; Neuer Malik Verlag). Hinzu kommt, daß in den Wochen vor dem 18. 10. 77 in öffentlichen Äußerungen von Politikern und in den Medien offen oder verdeckt propagiert wurde, die Gefangenen, die befreit werden sollten, zu töten. Schließlich wurden von Anfang an sämtliche offiziellen Ermittlungen nur in Richtung Selbstmord geführt.

Wenn aber ein Selbstmord der Gefangenen aus subjektiven und objektiven Gründen ausgeschlossen ist und eine andere — nicht gewaltsame — Todesursache ebenso, bleibt nur, daß die Gefangenen von Vertretern der Institution, in deren Gewalt sie sich befanden, also des Staates, getötet worden sind, und das nennen wir Mord.

Warum ist das wichtig für uns, zu sagen, daß es Mord war?

Vor allem,

— weil sich daran der grenzenlose Wille des BRD-Staates, die politischen Gefangenen zu vernichten, offenbart, dem nur Grenzen gesetzt werden durch die Kämpfe der Gefangenen und die Solidarität mit ihrem Kampf. Davon muß jede Solidarität mit den politischen Gefangenen ausgehen;

— weil wir verhindern wollen, daß je wieder politische Gefangene in der BRD ermordet werden, deshalb erinnern wir öffentlich an die Morde an politischen Gefangenen hier.

Mit den Angriffen des Staatsschutzes auf uns sind wir bisher weitgehend allein konfrontiert. Und dies in einer Situation, in der die Bedingungen für die politischen Gefangenen unübersehbar und einschneidend verschärft werden:

— die Ermittlungsverfahren gegen die Gefangenen wegen eines be-

haupteten illegalen Info-Systems, die begleitet sind von ständigen Zellenrazzien durch den Staatsschutz, also BKA und LKA, und einer massiven Hetzkampagne in den Medien.

Wie zuletzt in „Die Welt“ vom 7.8.90, die sich auf Äußerungen des Generalbundesanwaltes von Stahl bezieht. Von Stahl spricht von „großer Wahrscheinlichkeit“, daß Aktionen der RAF „auch aus den Gefängnissen heraus gesteuert würden“. Bei den Razzien wären „Belege“ für illegalen Austausch zwischen drinnen und draußen gefunden worden.

Dabei läuft jede Korrespondenz der politischen Gefangenen über die Zensur, jeder Besuch wird überwacht.

— Sie drohen — erstmals seit 1977 — die „Kontaktsperre unbegrenzt“ gegen die politischen Gefangenen, so der CSU-Innenexperte (Bild am Sonntag, 29.7.1990), an. Die Kontaktsperre war 1977 unerlässliche Bedingung für die Ermordung der Gefangenen, weil sie dem Staat den totalen Raum und die Möglichkeit gibt, unkontrollierbar alles zu machen.

Kontaktsperre heißt: keine Besuche, keine Anwälte des Vertrauens, kein Radio, keine Zeitung, keine Verbindung zur Außenwelt.

— Brigitte Mohnhaupt wurde von Aichach nach Stammheim verlegt, nachdem sie ihr schon vorher die sechs Stunden in der Woche, die sie dort einige Male entweder mit Claudia Wannersdorfer oder mit Manuela Happe zusammensein konnte, wieder gestrichen hatten.

— Anstatt die haftunfähigen Gefangenen Claudia Wannersdorfer, Günter Sonnenberg, Bernd Rössner und Ali Jansen freizulassen, werden ihre Bedingungen verschärft.

Bernd wurde für eine Woche in den Bunker gesperrt (wie in letzter Zeit häufiger); Claudia, die im Gefängnis aufgrund der Bedingungen dort an Epilepsie erkrankte, wurden die wenigen Kontaktmöglichkeiten zu Manuela Happe und Brigitte Mohnhaupt genommen.

Ali Jansen, der schwer asthmakrank ist, wurde aus Butzbach nach Schwalmstadt verlegt. In Butzbach war er täglich mit seinen beiden Genossen, mit denen er zusammen Prozeß hatte, zwei Stunden zusammen.

Der BRD-Staat hat in diesen langen Jahren ein ganzes Arsenal von Terror gegen uns, die Angehörigen der politischen Gefangenen, aufgeföhren: Festnahmen, Mißhandlungen, Ermittlungsverfahren wegen § 129 a, Hausdurchsuchungen, Terror-Observationen, Besuchsverbote, Drohungen, auch Morddrohungen, Veranstaltungsverbote und und und. In den letzten Jahren, schon vor dem letzten Hungerstreik, haben wir etwas mehr Luft gehabt für unsere Arbeit. Ein Beispiel ist das Angehörigen-Info. Wir mußten es früher mehr oder weniger verdeckt herstellen und verteilen. Das war ein enormer Arbeitsaufwand. Das Info erschien deshalb nur unregelmäßig, war weniger aktuell, weil es mehr ein Sammelband an zusammengefaßten Informationen war und die Gefangenen wegen des spärlichen Erscheinens über das Info nur wenig zu Wort kommen konnten. Als wir uns im Hungerstreik 89 entschlossen haben, regelmäßig ein Info zum Hungerstreik herauszugeben, waren wir uns schon sicher, daß das Info öffentlich erscheinen sollte. So viele wie möglich sollten Zugang zu aktuellen Informationen über den Verlauf des Streiks bekommen und lesen können, was die Gefangenen selbst zu ihrem Hungerstreik sagten. Nach dem Streik war es keine Frage für uns, daß das Info weiter herauskommen sollte, weil der Kampf um die Forderungen der Gefangenen weitergeht, mit dem Info die Möglichkeit da ist, an die aktuellen Informationen zur Situation der politischen Gefangenen heranzukommen, durch die Veröffentlichung von solidarischen Initiativen uns und andere zu eigenen Ideen und Handeln anzustoßen, mit den Veröffentlichungen von Briefen und Erklärungen der politischen Gefangenen sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Beiträge im Info werden draußen und mit den Gefangenen diskutiert.

Wir hatten eine Zeitlang den Eindruck, daß das öffentliche Erscheinen des Infos zwar nicht für immer, aber doch für die nächste Zeit durchgesetzt sei. Es war aber ein Fehler zu denken, daß der Schutz, den die Mobilisierung im Hungerstreik 89 auch für uns, unsere Arbeit bedeutete, schon dauerhaft sei. Inzwischen wissen wir, daß sie uns die Luft wieder abdrehen wollen. Das schließen wir aus

dem Ergebnis des Prozesses wegen der Angehörigenaktion zu Günter, aus der Tatsache, daß weitere Ermittlungsverfahren gegen das Info laufen bzw. Prozesse anstehen, aus den jüngsten Angriffen gegen die Gefangenen und aus den direkten Angriffen auf das Angehörigen-Info, wie zuletzt Generalbundesanwalt von Stahl, der in einem Atemzug mit seinen Lügen über die Zellensteuerung, illegalen Austausch zwischen drinnen und draußen und Kassibern von Verwandtenrundbriefen redet.

Daß die Maschine gegen uns wieder ins Rollen kommt, passiert aber jetzt, wo wir uns gar nicht mehr vorstellen können, daß es das Angehörigen-Info nicht mehr geben sollte, wo wir im Gegenteil immer wieder nach Möglichkeiten suchen, es noch umfangreicher zu machen, es inhaltlich zu verbessern. Da werden wir jetzt nicht einfach auf die Bremse treten oder sogar den Rückwärtsgang einlegen, uns wieder auf die reduzierten Möglichkeiten eines Infos, das heimlich hergestellt und verbreitet wird, zurückziehen.

Ob wir da durchkommen, hängt nicht allein von unserer Kraft ab. Wie steht Ihr dazu? Welche Bedeutung hat das Angehörigen-Info für Euch? Was würde Euch fehlen, wenn es nicht mehr bzw. nur noch selten erscheinen würde? Wenn das Info, d.h. die Veröffentlichung von Tatsachen über Isolationsfolter und Morde an den politischen Gefangenen, nur noch für wenige zugänglich ist? Wenn den Gefangenen eine der wenigen Möglichkeiten genommen wird, wo sie zu Wort kommen? Wenn der Staatsschutz es schaffen sollte, das Info zu verhindern?

Wir fragen alle die, die — und das kann aus den unterschiedlichsten Gründen sein — nicht wollen, daß das Angehörigen-Info wieder in der Versenkung verschwindet.

Sagt und schreibt uns, was Ihr dazu überlegt und diskutiert, ob und welche Initiativen Ihr Euch vorstellen könnt oder schon in die Hand genommen habt, damit es weiter erscheinen kann.

Jede Initiative hat Gewicht.

Die Zeitungsverlage bitten wir, diesen Brief und unsere Erklärung vom 16.12.89, um die es in dem nächsten Prozeß gegen das Info geht, abzudrucken. Wenn sie in mehr Zeitungen erscheint, hat der Staatsschutz es schwerer damit, uns zu kriminalisieren.

Wir bitten um Eure Antwort:

Postlagerkarte 05 02 05, 7500 Karlsruhe 1.

Wenn Ihr Euch persönlich mit uns in Verbindung setzen wollt, schreibt uns Eure Telefon-Nummer.

Viele Grüße

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

September 90

Für die Angehörigen:

Christiane Barabaß, Martha Barabaß, Monika Berberich, Achim Falk, Uwe Folkerts, Anita Friedetzky, Angelika Goder, Heidi Hinrichsen, Christoph von Hören, Birgitta Hornstein, Jeannette Hülbig, Annegret Klump, Waltraud Liewald, Elizabeth Meerman, Armin Newerla, Regina Nicolai, Irene Rosenkötter, Jens Stuhlmann, Beate Tauffer-Jansen.

## Zum Hungerstreik in Spanien

Seit über 300 Tagen — 302 Tage — befinden sich die Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung. Wir haben mehrfach in Spanien angerufen, konnten aber nichts Neues in Erfahrung bringen. Die TAZ berichtet am 12.9., daß es in Barcelona einen Sprengstoffanschlag der GRAPO gegen die dortige Zentrale der PSOE gegeben hat.

Am 10.9. wurde in Kopenhagen von einer kleinen Gruppe von zehn Menschen das spanische Konsulat besetzt. Gleichzeitig wurden verschiedene Zeitungen von der Aktion unterrichtet. Nach einer halben Stunde stürmten mit Maschinenpistolen bewaffnete Einheiten der dänischen Polizei das Gebäude, riefen: „Runter auf den